

# Frankenberger Tageblatt

## Bezirks-Anzeiger

Das Blatt erscheint an jedem Werktag: Monats-Gehaltspreis bei Vorzahlung in den Hauptstädten der Reichs-Verwaltung bei Zahlung in den Hauptstädten der Reichs-Verwaltung bei Zahlung in den Hauptstädten der Reichs-Verwaltung...

Anzeigenpreise: 1 Millimeter Höhe einschließlich 10 mm breit 7 1/2 Pfennig, im Reichsgebiet (— 7 1/2 mm breit) 10 Pfennig, im Ausland 15 Pfennig...

Das Frankenberger Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Jüba, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Frankenberg und der Gemeinde Niederwiesa behördlicherseits bestimmte Blatt

Rotationsdruck und Verlag: G. S. Koberg (Suh. Ernst Koberg jun.) in Frankenberg. Verantwortlich für die Redaktion: Karl Piegert in Frankenberg

Nr. 129 Dienstag den 5. Juni 1928 nachmittags 87. Jahrgang

### Kurzer Tagespiegel

**Reichspräsident v. Hindenburg** wird im Freitag die Parteiführer zu einer Besprechung über die Regierungsbildung empfangen.  
**Der Reichspräsident** wird am 20. Juni zu einem Besuch der Stadt in Hildesheim einreisen.  
**Unter dem Vorsitz** des Reichspostministers hat in Stuttgart eine Tagung des Verwaltungsrates der deutschen Reichspost stattgefunden.  
**Der Berliner Droschkenkutscher Gustav Hartmann**, der unter dem Namen „Eisener Gustav“ bekannt ist, ist gestern in Paris angekommen und feierlich empfangen worden.  
**In Genf** fanden gestern Unterredungen des Staatssekretärs v. Schubert mit Chamberlain und Woldemaras statt.  
**Der Völkerverbund** wird in der Billfrage voraussichtlich nur einen Bericht der Kommission entgegennehmen und die Angelegenheit dann auf die Septembertagung verweisen.  
**Bei einem Autounfall** in der Tschechoslowakei wurden 4 Personen getötet und 10 schwer verletzt.  
**Marshall Ito** hat Japan mitgeteilt, daß er zu Friedensverhandlungen mit Tschangsolin bereit sei.  
**Im Zusammenhang** mit dem Beschlag auf Tschangsolin werden in China heftige Anfeindungen gegen Japan erhoben.

zur Sprache gelangt. Ueber den Inhalt der Unterredung zwischen dem englischen Außenminister und Staatssekretär v. Schubert kann ohne weiteres angenommen werden, daß hierbei die auf der Tagung des Völkerverbundes stehenden kritischen Fragen, vor allem die polnisch-litauischen Beziehungen, sowie der ungarische Optantenstreit erörtert worden sind, denn in beiden Fällen bilden der englische und der deutsche Delegierte die gegebenen Vermittler, um eine Übereinstimmung zwischen den zunächst noch unüberbrückbar gegenüberstehenden Auffassungen herbeizuführen. Nach der letzten polnischen Note erscheint es kaum als möglich, daß auf dieser Tagung des Rates eine Besserung der litauisch-polnischen Beziehungen geschaffen wird. Der Rat wird sich voraussichtlich damit begnügen müssen, einen Bericht über den Stand der polnisch-litauischen Verhandlungen zu erlassen und entgegenzunehmen und die Angelegenheit sodann auf den September zu verlagern. In der

gemacht werden, und die Bestrebungen der Reichsregierung diesen vor allem darauf ab, diese Erhöhung zu verhindern oder doch in erträglichen Grenzen zu halten.  
Der Beschluß der Regierung, zunächst die Tarifserhöhung abzulehnen, ist auch darauf zurückzuführen, daß der Reichstag bekanntlich noch kurz vor seinem Auseinandergehen den Beschluß faßte, die Regierung zu erziehen, die geplante Erhöhung der Eisenbahntarife abzulehnen. An diesen Beschluß hielt sich die Reichsregierung ebenfalls gebunden. Es steht jedenfalls bereits fest, daß die jetzige Regierung die Entscheidung in der Frage nicht mehr treffen wird, daß aber die neue Regierung, schon ihrer Zusammensetzung entsprechend, jede Tarifserhöhung grundsätzlich ablehnen muß. Es ist nun durch die Presse wiederholt berichtet worden, die Damesajalungen sind in der Hauptsache der Anlaß zur Tarifserhöhung, und es liegt auch, daß seitens der Reparationsagenten ein gelinder Druck ausgeübt worden sei, den Wünschen der Reichsbahn entgegenzukommen. Wie wir jedoch unterrichtet sind, ist die Reichsbahn, nach ihren jetzigen Einnahmeständen zu urteilen, sehr wohl in der Lage, die Damesajalungen zu leisten. Die gewünschten Mehrerinnahmen werden in der Hauptsache, wie schon gesagt, für Anlageverträge gebraucht, und es unterliegt keinem Zweifel, daß es möglich sein wird, einen Kredit flüssig zu machen.

arbeiter des „Echo de Paris“ stellt zu den durch die Rede in Belfort ausgelösten Pressebesprechungen und Gerüchten fest, daß sich der Minister noch nicht mit der Frage der Stabilisierung befaßt habe. Wenn Poincaré auf Grund der Sachverständigenberichte den Zeitpunkt für gekommen halte, werde er seine Pläne seinen Ministerkollegen vorlegen, von denen drei Gegner einer baldigen Stabilisierung seien. Der gestrige Vorstoß der Bank von Frankreich auf dem Devisenmarkt sei besonders gegen die ausländische Devisenspekulation auf Frankensaufse gerichtet gewesen. Die Regierung werde alles tun, um den Haussepekulanten, wie früher den Baissespekulanten, das Handwerk zu legen.  
Im Zusammenhang damit erhält sich hartnäckig das Gerücht von einem Rücktritt des Gouverneurs der Bank von Frankreich. Von der Umgebung des Ministerpräsidenten und von Moreau wird dies Gerücht weder bestätigt noch dementiert. Immerhin scheint nach dem „Matin“ festzustellen, daß Moreau seine Demission formell zwar nicht angeboten hat, daß er aber erneut die Regierung darauf hingewiesen hat, er könne die Verantwortung nicht länger dafür tragen, daß eine für das französische Kreditwesen schwierige Lage auf bestmögliche Zeit verlängert werde.

### Die große Vertagung in Genf

(Eigener Informationsdienst.)  
Berlin, 5. Juni.  
Wie vorausgesehen war, hat die jetzt in Genf zusammengetretene Ratstagung nur eine geringe Bedeutung. Man glaubte zunächst, daß dieser Tagung insofern größere Beachtung entgegengebracht werden müßte, weil die in Genf vereinigten Außenminister inoffiziell den Kellogg-Pakt besprechen würden. Da aber nur Chamberlain anwesend sein wird, Stresemann und Briand aber fehlen, so wird auch diese wichtige Frage in Genf selbst inoffiziell keine Erwähnung finden. Es steht aber bereits fest, daß Chamberlain mit Briand bei seinem Besuch in Paris über den Kellogg-Pakt gesprochen und verhandelt hat, die Widerstände Frankreichs zu beseitigen, trotzdem auch in dieser Frage gewissermaßen eine Vertagung erfolgt. Chamberlain und Briand sind schon dahin übereingekommen, daß alle wichtigeren Angelegenheiten bei der jetzigen Ratstagung abgeklärt werden sollen. Denselben Wunsch hat Stresemann, der seinen Vertreter Dr. Schubert auch beauftragt hat, für die Vertagung der wichtigeren Fragen in Genf einzutreten.  
Die Vertagung erfolgt bis zur Septembertagung des Rates, der infolgedessen eine große Bedeutung beigemessen werden muß. Es steht außer Zweifel, daß neben den anderen jetzt zur Vertagung gelangenden Angelegenheiten des Völkerverbundes Briand, Chamberlain und Stresemann inoffiziell auf der Zusammenkunft am 9. September in Genf den Kellogg-Pakt besprechen werden, und daß inwieweit die ganze Angelegenheit gewissermaßen ruhen dürfte.

### Neue deutsche Ausweisungen

(Eigener Informationsdienst.)  
Berlin, 5. Juni.  
Der Verlagsdirektor des „Memeler Dampfboot“ ist von den litauischen Behörden ausgewiesen worden. Wie wir erfahren, wird dieser Fall Berücksichtigung geben, über das gesamte Problem noch einmal zu verhandeln.

### Unterredungen von Schubert mit Chamberlain und Woldemaras

Genf, 4. 6. Im Laufe des heutigen Nachmittags fand auf Wunsch des englischen Außenministers Chamberlain eine längere Unterredung zwischen ihm und dem Staatssekretär v. Schubert im Hotel Beau Rivage statt. Anschließend daran empfing Staatssekretär v. Schubert den litauischen Ministerpräsidenten Woldemaras. In der Unterredung ist der ganze Komplex der zwischen Deutschland und Litauen schwebenden Fragen, vor allem auch die letzten Ausweisungen von Deutschen aus dem Memelgebiet

### St. Gotthard-Wäffle

wird von französischer Seite scharfes Mißfallen an dem Bericht des holländischen Außenministers Blootkoff geübt. Man will den Bericht, den man als solchen im Hinblick auf seinen Urheber nicht ablehnen kann, um Anlaß nehmen, um darauf unmittelbar eine Erweiterung der Machtbefugnisse des Ratpräsidenten in den Zwischenzeiten der Ratstagungen zu schaffen. Von deutscher Seite muß man jedoch dieser Frage mit größter Zurückhaltung gegenüberstehen. Es liegt nach der gegenwärtigen Lage der Dinge keineswegs im Interesse Deutschlands, daß die Kompetenzen der Ratpräsidenten, die meist in Paris lebende Staatsminister sind, oder französischen Kreisen nahesteher, erweitert werden. Es muß daher angenommen werden, daß auch die Frage auf dieser Ratstagung noch nicht endgültig erledigt wird.

### Tarifserhöhung bei der Reichsbahn

(Von unserem Berliner Vertreter.)  
Berlin, 5. Juni.  
Ueber die Stellungnahme des Kabinetts zu den Vorschlägen der Reichsbahndirektion betreffs Tarifserhöhung sind die wichtigsten Gerichte im Umlauf, die aber den Vorschlag haben, sämtlich mehr oder weniger falsch zu sein. Von deutscher Seite wird uns über den Stand der Dinge folgende Mitteilung gemacht.  
Zunächst wird das Reichskabinett noch einmal genau prüfen, ob es keine Möglichkeit gibt, um die Tarifserhöhungen herumzukommen. Aus dem Ausdruck „herumzukommen“ geht schon zur Genüge hervor, daß das Kabinett sich nicht der Tatsache verschließt, daß die Reichsbahndirektion in der Tat erhöhte Mittel nötig hat. Man steht aber doch auf dem Standpunkt, daß diese Erhöhung der Betriebsmittel, die ja im wesentlichen durch neue Anlagen verursacht werden ist, auf dem Anleiheweg gedeckt werden könnte, da sie ja einen Wertzuwachs darstellt. Es läßt vor allem natürlich darauf an, ob sich einer in- oder ausländischen Anleihe, das steht noch nicht fest, der Reparationskommissionar Schwierigkeiten bereiten würde.  
Scheitert die Anleihe, so muß das Kabinett den Tarifserhöhungen im Prinzip zustimmen. Das bedeutet aber keineswegs, daß die bekannten Vorschläge der Reichsbahndirektion ohne weiteres akzeptiert werden würden. Im Gegenteil hält man sie für undenkbar und würde gegebenenfalls eine Sonderkommission, bestehend aus dem Reichsobersteher, dem Reichsfinanz-, dem Reichswirtschafts- und dem Reichsarbeitsminister, einsetzen, um einen Gegenorschlag auszubringen, der seitens der Reichsbahn, wie sich die Erhöhungen im einzelnen auf die Personen- und Frachttarife verteilen sollen.

Ueber den Standpunkt des Verkehrsministeriums erfahren wir noch, daß man dort der Ansicht ist, daß die vorgeschlagene Erhöhung der Personentarife, die ja mit der Aufgabe des Vorklassen- und der Einführung des Zweiklassen-systems Hand in Hand geht, oder vielmehr sogar auf ihr beruht, den Passagieren der vierten Klasse eine so unansehnliche Mehrbelastung bringen würde, daß sie sich im Durchschnitt vielleicht mit 1,50 Mark im Jahr auswirken würde, während ja so viele Reisende der dritten Klasse billiger fahren würden als bisher. Kann man so weit den Vorschlägen der Reichsbahndirektion folgen, so hält man die vorgeschlagene Erhöhung der Frachttarife in ihren Auswirkungen für untragbar. Alle Vorschläge, die sich ermöglichen lassen, werden also an den Frachttarifen

### Die elfassischen Deputierten für die Kolmar-Amnestie

Paris, 5. 6. (Zuspruch.) Der „Gaulois“ will wissen, daß die Weisung der elfassischen Deputierten bei Behandlung des Antrages Woblers auf Amnestierung und Freilassung der beiden autonomen Deputierten in der Kammer der Regierung das Vertrauen verjagen wird.  
Paris, 5. 6. (Zuspruch.) Der am Dienstag vormittag im Finanzministerium unter dem Vorsitz Poincarés stattfindende Kabinettsrat wird im wesentlichen der Mitteilung der programmatischen Regierungserklärung durch Poincaré gewidmet sein. Diese Erklärung wird im Ministerium am kommenden Donnerstag dem Präsidenten der Republik vorgelegt und am gleichen Nachmittag von Poincaré in der Kammer und von Justizminister Barthou im Senat verlesen werden. In die Vertagung der Regierungserklärung wird sich voraussichtlich eine Aussprache über die allgemeine Politik anschließen, die die Interpellation des Sozialisten Vincent Auriol zum Ausgangspunkt hat. Am Mittwochabend wird Poincaré eine Abordnung der elfassischen Deputierten empfangen, mit denen er sich über die Stelle der Regierungserklärung, die auf Elfsprachen Bezug nimmt, unterhalten wird.

### Der verprügelte Polizeipräsident

(Eigener Informationsdienst.)  
Berlin, 5. Juni.  
Wie bekannt, ist der Berliner Polizeipräsident Dr. Weß am Sonnabend Abend bei einem Zusammenstoß zwischen Schupo und Kommunisten mit einem Gummiknüppel geschlagen worden. Da Polizeipräsident Dr. Weß noch nicht wieder in Berlin ist, so läßt sich die Untersuchung über diesen Vorfall noch nicht abschließen. So viel wir bisher in Erfahrung bringen konnten, hat der Polizei-Vizepräsident von einem Schupobeamten, der ihn nicht erkannt hat, mit einem Gummiknüppel einen Schlag über den Oberarm erhalten. Er kann nicht sehr viel Schaden davon getragen haben, da er am Sonntag Nachmittag einen Reinen beigeputzt hat und abends nach Röhrgereit ist, von wor es, wie gesagt, erst heute zurückkommen wird. Im preussischen Staatsministerium vertritt man, wie wir hören, die Auffassung, daß der ganze Vorfall vermieden worden wäre, wenn die Polizeipräsidenten von Berlin Uniformen trügen. Die Forderung, die man daraus ziehen wird, ist also die, daß für die beiden Leiter der Berliner Polizei eine Dienstbekleidung geschaffen wird. Im übrigen wird die Untersuchung zu ergeben haben, ob der betreffende Schupobeamte den Polizeipräsidenten wirklich nicht erkannt hat und nicht kennen konnte.

### Die Frankentstabilisierung

Rücktrittsabsichten des Gouverneurs der Bank von Frankreich  
Paris, 5. 6. (Zuspruch.) Ein über die Absichten Poincarés preis zweifelhafte Mi-

### Der Bombenanschlag gegen Tschangsolin bestätigt

London, 5. 6. (Zuspruch.) Die erste amtliche Bestätigung des Bombenanstoßes auf Tschangsolin aus japanischer Quelle besagt, daß japanische Soldaten in Jiwilleitung kurz vor der Einfahrt in Mukden, Bomben auf den Sonderzug warfen.  
In ergänzenden Privattelegrammen aus Mukden heißt es, daß der Sonderzug Tschangsolins aus 22 Salonwagen bestand. Die Bombe sprengte den ersten Wagen in die Luft und setzte die nächsten 4 in Feuer, die völlig ausbrannten.  
Nach dem Attentat wurde eine Anzahl verdächtiger Personen verhaftet und 2 von ihnen wurden erschossen. Auch mehrere höhere Beamte in Mukden sollen im Zusammenhang mit dem Bombenanschlag verhaftet worden sein.  
Nach japanischer Ansicht, sind die zu den Anschlag benutzten Bomben russischer Herkunft. In Tientsin sind am gestrigen Montag mehrere Bomben explodiert, durch die unter der Bevölkerung eine Panik hervorgerufen wurde. Japanisches Militär entdeckte u. a. Bomben in den städtischen Wasserwerken.  
Simshuanfangs Armee in Stärke von 50 000 Mann ist nach dem Gebiet nördlich von Tientsin entsandt worden.

### Die Verteidigung von Tientsin

London, 5. 6. (Zuspruch.) Wie aus Tientsin gemeldet wird, werden die Truppen Simshuanfangs bei Peifung und Tangshan zusammengezogen. Eine etwa 20 000 Mann starke Armee des Generals Tschangsolin verbleibt im Gebiet von Matschang. Zwischen ihm und General Sun sind Besprechungen über die Möglichkeit der Besetzung und Verteidigung Tientsins im Gange.

### Streit der Generale um Peking

Eine Rotregierung Tschangs in Mukden.  
London, 5. 6. (Zuspruch.) Das Komitee für öffentliche Sicherheit in Peking hat die Generale Yen und Fung telegraphisch aufgefordert, ihre Zustimmung zu geben, daß die öffentliche Sicherheit und Ordnung in Peking verantwortliche 4. Mukdener Brigade bis zur Ankunft der Sibirier in der Hauptstadt verbleiben kann. Die Befehlshaber der Sibirier sollen sich weiter verpflichten, die Brigade nicht zu entlassen, sondern ihren Abzug aus der Hauptstadt mit allen militärischen Ehren zu erlauben.  
Der Leiter der Peking Polizei eine Proklamation veröffentlicht, in der eine Bestrafung gegen Plünderer angedroht wird. ... Wachen an allen Stadttoren sind verstärkt worden und die Passanten werden nach Einbruch der Dunkelheit einer gründlichen Durchsichtung unterzogen.  
Die Kantinger Regierung hat offiziell General Yen den Befehl über Peking übertragen.  
Eine Mitteilung der chinesischen Nachrichtenagentur in Schanghai berichtet dazu, daß die Befehlsgewalt des Generals Yen durch Beschluß des Ministerrates auf das Kommando in Peking und Tientsin eingeschränkt wird. Man sieht hierin